



Zur Sache

1-2025

Liebe Mitglieder, liebe Leserin, lieber Leser,

Thema

anbei übermitteln wir dankenswerterweise ein Schreiben der DPG-Regionalgruppe Hamburg, das an die örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien zur bevorstehenden Bundestagswahl verwendet werden kann.

Sehr geehrte Hamburger Bundestagsabgeordnete,

Am 30. Januar steht eine weitere Abstimmung im Bundestag an, in der es darum geht, ob eine weitere Resolution gegen Antisemitismus verabschiedet werden soll. In diesem Fall soll die Bekämpfung des Antisemitismus an Schulen und Hochschulen im Mittelpunkt stehen.

Wie Sie wissen, steht schon die am 7. November 2024 verabschiedete Resolution „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ in der Fachwelt unter starker Kritik. Während die Bekämpfung von Judenfeindschaft natürlich begrüßt wird, sind Expertinnen und Experten entsetzt über die Umsetzung. „Die Resolution schafft Raum für Missbrauch, kriminalisiert legitime Kritik an der israelischen Regierungspolitik und bedient das rassistische Narrativ vom ‚importierten Antisemitismus‘“, betont etwa Amnesty International. Ein vierköpfiges Autorenteam titelte im Verfassungsblog: „Resolution auf Kosten der Grundrechte. Warum die Bundestagsresolution zum Schutz jüdischen Lebens die Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit bedroht“. Auf der Bundespressekonferenz legten Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger, Rektorin des Wissenschaftskollegs zu Berlin, Prof. Dr. Susan Neiman, Direktorin des Einstein Forums Potsdam, Prof. Dr. Matthias Goldmann, Lehrstuhl für internationales Recht an der EBS Universität Wiesbaden, und Wolfgang Kaleck, European Center for Constitutional and Human

Rights, bereits am 6. November 2024 ihre Kritikpunkte dar, ganz zu schweigen von einem Gegenentwurf mehrerer Wissenschaftler*innen, dem sich in einem offenen Brief schon bis November 2000 Unterzeichnende angeschlossen haben und der in der FAZ veröffentlicht wurde.

Jedoch spielten die fundierten Einwände hochdekorierter Expertinnen und Experten keine Rolle. Eine hinter verschlossenen Türen ausgehandelte Resolution, die mehr schadet als nutzt, wurde verabschiedet. Vielleicht auch mit Ihrer Stimme. Nun warnen Expertinnen und Experten erneut vor dem Resolutionsantrag „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegentreten sowie den freien Diskursraum sichern“ von CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. So heißt es in einer Entschließung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK): „Ein solcher Beschluss ist sachlich nicht geboten und vor dem Hintergrund von Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit nicht nützlich.“ Isabell Lischewski, Akademische Rätin am Lehrstuhl für Internationales Öffentliches Recht und Internationalen Menschenrechtsschutz an der Universität Münster, stellt im Verfassungsblog sehr wichtige Fragen, die auch Sie sich stellen sollten: „Wie wirkt es sich auf Schüler*innen [...] aus, [...] [w]enn [...] von offizieller Stelle suggeriert wird, dass wissenschaftlich und vor allem auch völkerrechtlich fundierte Positionen unter eine offiziell festgelegte Definition von Antisemitismus fallen und deshalb im Zweifel bestrafungswürdig sind? Wie steht es um jüdische Schüler*innen, die der Politik Israels kritisch gegenüberstehen? Was macht es mit einzelnen Schüler*innen und dem Klassenklima, wenn Lehrer*innen aus Angst, etwas falsch zu machen, wichtige gesellschaftliche Kontroversen nicht im Unterricht thematisieren wollen oder aber – nach den Maßgaben der Resolution – dies nur mit einer bestimmten Einseitigkeit dürfen?“

Die politische Bildung an deutschen Schulen richtet sich seit den 1970er Jahren nach dem Beutelsbacher Konsens. Dieser untersagt es Lehrkräften, Schülerinnen und Schüler zu „überwältigen“, indem sie ihnen durch Beeinflussung an der „Gewinnung eines selbständigen Urteils“ hindern. Auch verpflichtet es die Lehrkräfte, Themen im Unterricht kontrovers darzustellen, die in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert werden. Der Beutelsbacher Konsens ist eine wertvolle und schätzenswerte Errungenschaft, die unsere Kinder und damit die Gesellschaft vor einer institutionalisierten Indoktrination bewahrt.

Beim Thema Israel/Palästina scheuen jetzt schon Lehrkräfte davor zurück, dem Beutelsbacher Konsens gerecht zu werden. Während in Teilen der Wissenschaft die

israelische Besatzungspolitik sehr wohl als „Apartheid“ betitelt wird, findet sich der Begriff in keinen Schulbüchern. Während Historiker darauf hinweisen, dass der Zionismus bereits in seinen Anfängen rassistische Elemente enthielt, wird dieser Aspekt in Unterrichtsmaterialien ausgeklammert, ebenso wie die in der Wissenschaft häufig diskutierte Feststellung, dass es sich beim Zionismus um ein siedlerkoloniales Projekt handelt. Das sind nur drei von vielen Beispielen, die zeigen, dass wir unsere eigenen Standards schon jetzt verraten, wenn es um das Thema Israel/Palästina geht.

Dass die geplante Resolution diesen Missstand nur verschärfen würde, zeigen viele Passagen, wie etwa folgende: „Es muss sichergestellt werden, dass das Angebot an qualitativ hochwertigem Unterricht [...] zum Nahost-Konflikt einschließlich der Entstehungsgeschichte und Entwicklung des Staates Israel [...] ausgebaut und damit religiösem Fanatismus der Nährboden entzogen wird“. Die Unkenntnis wird schon dadurch erkennbar, dass der Territorialkonflikt im Nahen Osten mit religiösem Fanatismus in Verbindung gebracht wird, den man bestenfalls den religiösen Zionisten um Ben-Gvir und Smotrich attestieren kann. Insofern ist zu bezweifeln, dass die Verfasser der Resolution unter „hochwertigem Unterricht“ dasselbe meinen wie der Beutelsbacher Konsens.

Zum Schutz der hohen Standards, die unsere Schülerinnen und Schüler sowie unsere Studentinnen und Studenten vor Indoktrination schützen, sollten Sie daher die Resolution ablehnen. Dozentinnen und Lehrkräfte sind keine Antisemiten. Sie treten dem Antisemitismus entgegen, wenn sie ihn sehen. Sie sind aber im Zweifelsfall qualifizierter darin, das Unterrichts- und Seminar material zu erstellen und die wissenschaftlichen Debatten zum sogenannten Nahost-Konflikt zu verfolgen. Lassen Sie Ihnen ihren Job gut machen. Ihr Ja bei der Abstimmung würde sie daran hindern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arne Andersen und Irene Zeit
Vorsitzende der DPG Regionalgruppe Hamburg